

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringenslohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 gelappten Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 30 Pf. Insetrate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 160. Dresden, Donnerstag den 14. Juli 1910. 21. Jahrg.

## An die Parteigenossen Sachsens!

Durch die Reichstags-Wahl im 20. Wahlkreise, die am 24. August stattfindet, veranlaßt, haben die Bezirks-Agitationskomitees in Verbindung mit dem Zentralkomitee beschlossen, die diesjährige

## Landes-Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens

auf einen späteren Termin zu verschieben. Die Landesversammlung beginnt erst am

**Samstag den 4. Septbr. 1910, nachm. 3 Uhr im Volkshaus zu Leipzig, Zeitzer Straße.**

Zur Erledigung der Geschäfte sind vorläufig noch die nächsten zwei Tage in Aussicht genommen. Beginn am Montag früh 9 Uhr.

### Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht des Zentralkomitees.
  - a) Organisation und Agitation. Referent: Karl Sindermann.
  - b) Kasienbericht. Referent: Ernst Branne.
2. Die Tätigkeit des Landtages. Referent: Emil Nischke.
3. Reform des Volksschulwesens. Referent: Heinrich Schulz, Verein-Steplitz.
1. Anträge der Parteigenossen.
2. Wahl des Ortes für das Zentralkomitee.
3. Wahl des Ortes für die nächste Landesversammlung.

Anträge, die auf der Landesversammlung zur Verhandlung kommen sollen, sind

bis zum 10. August 1910

an den Unterzeichneten einzusenden. Sie müssen vom Bureau der Versammlung oder vom Vereinsvorsitzenden unterzeichnet sein.

Auf Grund des Organisationsstatutes können die Parteigenossen bis zu vier Delegierte aus jedem Reichstagswahlkreis entsenden.

Nur mit Mandaten versehene, in Parteiversammlungen gewählte Delegierte haben Stimmrecht.

Mandatsformulare werden nicht versandt.

Dresden, den 12. Juli 1910.

Zwingerstraße 14.

Das Zentralkomitee für Sachsen.  
V. N.: Karl Sindermann.

## Ein vierfaches Panama.

Ch. R. Paris, 12. Juli.

Standale über Standale. Noch ist der Liquidatoren-Skandal nicht beendet, als ein neuer riesiger Skandal sich angebahnt hat, der zu gleicher Zeit die Regierung, die Polizei, das Gericht und die Finanz der kapitalistischen Republik schwer und schlimm berührt. Wir hatten seinerzeit über die Verhaftung und den Zusammenbruch Rochettes, eines Helden der unantastbaren Spekulation, berichtet. Nun stellt sich nach zwei Jahren heraus, daß im Vergleich mit seinem Verfolger und Richter selbst der struppellose Geschäftsmann Rochette ein wahrer Engel ist.

Die Geschichte ist höchst interessant. Rochette wurde verhaftet nicht wegen seiner zweifelhaften Spekulationen, sondern weil er den Interessen einer zweiten Bande entgegen arbeitete. Er hatte es unternommen, das sehr verbreitete nationalistiche Blatt Le Petit Journal in seine Hände zu bekommen. Der Direktor dieser Zeitung, Herr Brébet, war zur Zeit der Verhaftung von Rochette Senator und Berichterstatter des Reiches über den Rückkauf der Ostbahn; von ihm hing damals das Schicksal der Regierung Clemenceau-Viviani ab. Die Regierung stellte sich in den Dienst des Herrn Brébet. Clemenceau kaufte seinen Polizeipräsidenten Lépine, dem Herr Viviani eben den Kopf des unglücklichen Laboussier geopfert hat, einen Klager gegen Rochette ausfindig zu machen. Auf Befehl des Präsidenten begab sich sein Kabinettsdirektor Yves Durand, ein ehemaliger Richter, begleitet vom Senator Brébet, zu einer dunklen Persönlichkeit, die verschiedene Male gerichtlich wegen seiner Konkurrenz ins Gefängnis geworfen, sein Unterandere, tüchtig, und mit Rochette Tausende und Abtaufende seiner Sparer. Er wurde auf Befehl in Vaucluse erklärt, Brébet und das kapitalistisch-nationalistische Blatt Le Petit

Journal wurden gerettet. Die Ostbahn wurde unter den skandalösesten Bedingungen zurückgekauft. Und das Ministerium Clemenceau-Viviani wurde mit gerettet.

Die Einzelheiten, auf die wir hier nicht eingehen können, eröffnen den traurigsten Ausblick auf die echt amerikanischen Zustände in der Regierung, der Polizei, dem Gerichtswesen und der Finanz.

Genosse Jaurès interpellierte. Er konnte nur das allgemein Bekannte vorführen. Aber er tat es in meisterhafter Weise. Er bereitete das grobe Mandat Brébet, das darin bestand, von sich jede Verantwortlichkeit auf die Schultern des abgereisten Clemenceau abzuwälzen. Clemenceau ging eben nach Argentinien, um Vorlesungen zu halten. Jaurès zeigte das wie immer zweideutige Spiel Brébet, der genug sieht, um nicht zum Opfer der um ihn vorkommenden Saumereien zu fallen, aber der zugleich das Auge zuschließt, um nicht alles zu sehen und in die Lage zu kommen, die Saumer ertappen zu müssen. Während der Affäre Rochette war nämlich Viviani Justizminister. Er wurde damals interpelliert und erklärte, daß der Klager als erst zu nehmen sei. Die Polizei wußte aber sehr gut, wie es mit ihm stand. Viviani ist kein naives Kind und könnte, wenn er wollte, die Wahrheit erfahren. Aber er hatte ein Interesse, das Auge halb zuzumachen. Man hat in der Affäre Rochette wie in der Dreifüss-Affäre Fälschungen gemacht, um die formellen Beweise zu erheben.

Was antwortete Viviani? Er entschuldigte alles, nahm die Polizei und die Richter unter seinen Schutz. Er erklärte den Polizeidirektor für einen sehr unabhängigen Mann. Diesen Menschen, der nicht nur mit Hilfe eines Gauners einen falschen Klager fabrizierte, sondern sich als Mitbestiller eines Bankgeschäfts entpuppte. Durch dessen Vermittlung Richter und Polizeileute auf der Waise geübelt und die ihnen bekanntgegebene bevorstehende Verhaftung von Rochette ausgenützt haben. Viviani will von alledem nichts wissen. Die Polizei steht über jedem Verdacht. Dabei ist Lépine selbst Mitglied der Verwaltungsräte verschiedener Finanzgesellschaften, 3. V. der Suergesellschaft, von der er jährlich 50 000 Frank bezieht. Das alles existiert nicht für Viviani. Er wendet sich an die Reaktion und an die bürgerlichen Parteien und erklärt ihnen einfach: „Die Sozialisten lassen die Polizei. Diesert ihnen nicht die heiligen Säulen der heiligen Ordnung aus.“

Die Radikalen wagten nicht zu applaudieren, aber sie stimmten für Viviani und für die heilige Ordnung. Viviani hat sogar von jeder Enquete abgeraten. Aber das war auch der Wehrheit zu viel. Eine parlamentarische Enquete wurde beschlossen. Die Regierung wird alles tun, um die Polizei und die Richter zu retten. Ob es ihr gelingen wird, ist eine andere Frage.

Der Polizeipräsident ist die herrschende Macht. Alles beugt sich vor ihm. Er erzwang die Hinrichtung Laboussier, der einen Polizisten, aus Rache für ein an ihm begangenes schreiendes Unrecht seitens der verhassten Sittenpolizei, ermordete. Er hat durch die Drohung seiner Entlassung die „mildernden Umstände“ aus dem bürgerlichen Gesetz praktisch entfernt. Eine eifrige Kampagne aller edel Denkenden aus allen Parteien blieb wirkungslos. Dieser Mann wurde jetzt als ein Verräterhelfer der Finanzleute, als ein blindes Werkzeug jeder Regierungsmache demaskiert. Der Skandal Rochette-Lépine-Viviani wird seine agitatorische Wirkung nicht verlieren.

Die sozialistische Partei hat auch in diesem Kampfe für Gerechtigkeit und einfache Ehrlichkeit die führende Rolle gespielt.

## Deutsches Reich.

### Der Kaiserbrief.

Die neueste Kaiserbriefaffäre ist verhältnismäßig harmlos. Es handelt sich dabei auch nicht wie in früheren Fällen um eine persönliche Fundgebung Wilhelms II., sondern um ein förmliches Staats Schreiben, in dem die Anerkennung des Herrn Madriz als Präsidenten von Nicaragua ausgesprochen wird. Diese Anerkennung war allem Anschein nach höchst zweifelhaft, denn sie hat das Deutsche Reich in einen gewissen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten gebracht, andere dem Reiche nützlichere Wirkungen hat sie aber nicht gehabt. Die amerikanische Presse beschuldigt die deutsche Regierung schwarzer Pläne, sie glaubt, irgend etwas müsse man sich in Berlin doch gedacht haben, als man dem von den Vereinigten Staaten nicht anerkannten Präsidenten zu seinem Regierungsantritt gratulierte. „Diesseitig“ wird das aber bestritten, und man versichert glaubhaft, man habe sich gar nichts dabei gedacht. Zur Hebung des deutschen Renommées wird diese Erklärung nicht beitragen, aber sie wird hoffentlich in Amerika beruhigend wirken, und das ist die Hauptsache.

### Das Arbeitskammergesetz.

Um ein Scheitern des Arbeitskammergesetzes zu verhindern, soll die Regierung nicht abgeneigt sein, Vermittlungsvorschläge anzunehmen. Die Kommission hatte beschlossen, daß auch die Arbeiter der Fabriken und Werkstätten der Eisenbahnen den Arbeitskammern unterstellt werden sollen. Hieron will die Regierung nichts wissen. Einen weiteren Streitpunkt bildete die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre, die ebenfalls von der Regierung bisher abgelehnt wurde. Jetzt

soll ein Ausgleich dadurch geschaffen werden, daß die Regierung in dem letzteren Punkte nachgibt. An maßgebender Stelle soll man geäußert haben, daß zwar bei den ersten Wahlen zu den Arbeitskammern die Arbeitersekretäre nach wie vor ausgeschlossen werden sollen, daß ihre Wahl jedoch bei allen weiteren Wahlen zulässig sein soll, sofern Unternehmer und Arbeiter jeder Kammer damit einverstanden seien.

### Der Schrei nach Schiffen.

Kapitän a. D. Percius erörtert in einer Korrespondenz die Frage: Haben wir zu wenig Auslandskreuzer? Diese Frage beruht er, denn von den fertigen 10 Panzerkreuzern und 26 geschützten Kleinen Kreuzern seien tatsächlich im Dienst: 4 Panzerkreuzer und 6 geschützte Kreuzer bei der heimischen Hochseeflotte, 3 Panzerkreuzer und 4 geschützte Kreuzer für Schulzwecke, also auch in der Heimat, 1 bzw. 2 Panzerkreuzer und 3 geschützte Kreuzer in Ostasien und endlich 1 in Amerika. Es bleiben somit zur Verfügung: 1 Panzerkreuzer und 12 geschützte Kreuzer. An Schiffen sei sonach um so weniger Mangel, als nach dem Flottengesetz in jedem Jahre drei neue Schiffe hinzukommen. Kapitän Percius meint nun, daß die Schiffe sofort für den Auslandsdienst frei würden, wenn der Flottenverein bestrebt wäre, auf eine Vervollständigung unserer Beziehungen zu England hinzuwirken.

Das Organ der Großindustriellen, die Post, tritt diesem vernünftigen Rat mit förmlichem Wutgeschrei entgegen. Das Blatt sieht die Profitinteressen seiner Auftraggeber, die mit dem Schiffbau enorme Summen verdienen, gefährdet. Es findet auf diesem Standpunkte aus dem Rat, der Flottenverein solle für bessere Beziehungen mit England eintreten, „Lomisch“ und begründet das so:

„Unser Verhältnis zu England ist nur zu diesem dadurch, daß wir ihm Achtung und Furcht einflößen. Dies kann aber nur geschehen durch eine kraftvolle Politik und unablässige Verpflegung unserer Flotte. Wir haben nicht genug Auslands-Kreuzer, um gleichzeitig unsere Interessen im Auslande zu schützen und unsere Küsten zu sichern. Deshalb müssen die Auslandskreuzer vermehrt werden, so schwer es uns fallen mag. Die Sicherheit des Vaterlandes ist eine dira necessitas (harte Notwendigkeit), der sich auch die deutsche Volkserziehung nicht verschließen wird.“

Es ist ein gefährliches Handwerk, das die Post betreibt. Aber es grängt an Gewissenhaftigkeit und Berruchtheit, solcher Flottenhege noch das patriotische Müntelchen umzuwinden. Während England seine Flottenvermehrungen mit dem Hinweis auf die fortgesetzten deutschen Missionen begründet, schreien die Postpatrioten vom „gefährdeten“ Vaterland. Solcher Patriotismus pflegt dann besonders lebhaft zu werden, wenn sich der Hunger nach Vervollständigung regt.

### Schon wieder eine Mordtat der Grenzsofaken.

Aus Weuthen wird gemeldet: Ein 14-jähriger deutscher Knabe wurde am Mittwoch von Kosaken an der russischen Grenze aus unbekanntem Grund erschossen. Es wurde ein Lokaltermin abgehalten, an dem der preussische Landrat, der russische Gouverneur, der preussische und der russische Staatsanwalt teilnahmen. Dabei wurde festgestellt, daß der deutsche Knabe von den Kosaken auf preussischem Gebiete erschossen worden war.

Wahrscheinlich wird dies neue Verbrechen des Grenzsofakengebells wieder Anlaß geben, in Petersburg „freundliche Vorstellungen“ zu erheben. Vielleicht erwägt das deutsche Auswärtige Amt den Vorschlag, in Petersburg ein ständiges Bureau für solche freundschaftliche Vorstellungen zu errichten, die regelmäßig nur den Erfolg hatten, daß ein neuer Grenzsofakenfrevler bekannt wurde, ehe noch der letzte gesühnt war.

### Ein wackerer Sozialistentäter.

Eine eigenartige Verurteilung erfuhr die Beschäftigung des Rechtsanwalts Dr. Fischer in Augsburg, des juristischen Schwagers des dortigen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereins, durch eine Verhandlung am Landgericht Augsburg, die am 11. Juli wegen Vergehens im Amte gegen ihn durchgeführt wurde.

Rechtsanwalt Fischer war beschuldigt, in einer Prozeßsache beiden sich gegenüberstehenden Parteien mit Rat beigegeben zu haben und daß er sich für seine Tätigkeit von beiden Seiten habe entschädigen lassen. In der Verhandlung wurde das auch erwiesen und die Zentrumsrichter zu 200 M. Strafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Der Staatsanwalt bezeichnete das Geschäftsgewerbe des Rechtsanwalts als in der Praxis wohl einzig bestehend und beantragte 3 Wochen Gefängnis und Abprechung der Fähigkeit, während der nächsten zwei Jahre öffentliche Ämter zu bekleiden. Die Verhandlung förderte übrigens noch reizende Wilder aus der früheren Praxis Fischers zutage. So hat sich der ultramontane Agitator schon im Jahre 1906 als Hilfsarbeiter in einer Rechtsanwaltskanzlei unehrenhafterweise selber auszahlen lassen, ließ sich besondere Honorare auszahlen und erhob zu viel Gebühren, so daß er 1906 wegen Betrug zu 300 M. Strafe verurteilt wurde. Dies Urteil wurde zwar später in der Verwaltungsinstanz wegen nicht ausreichender Beweise aufgehoben, doch wurde Fischer wegen der genannten und anderer Fälle von der Anwaltskammer in Augsburg wegen Verfehlungen gegen die Rechtsanwaltsordnung zu 1000 M. Strafe verurteilt, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß sein rücksichtsloses egoistisches Vorgehen und seine Sucht nach Geld nicht stark genug verurteilt werden könnten.

In der Bekämpfung der Sozialdemokratie leistet Rechtsanwalt Fischer sein Möglichstes, wie er auch in den Verleumdungsprozessen, die gegen die Parteizeitung Schwäbische Volkszeitung im Auftrage